



Niederschrift

23. Sitzung Haupt- und Finanzausschuss
22. September 2026, 16:30 Uhr
öffentlich
Bürgersaal, Rathaus Marktplatz
Vorsitz: Erste Bürgermeisterin Bettina Lisbach

Punkt 3 der Tagesordnung: Anschlussregelung für ein dauerhaftes Verbot der Straßenprostitution

Antrag: CDU

Vorlage: 2026/0474

Beschluss:

Kenntnisnahme von der Stellungnahme der Verwaltung

Abstimmungsergebnis:

Keine Abstimmung

Die Vorsitzende ruft Tagesordnungspunkt 3 zur Behandlung auf und teilt mit, der Antrag sei aus der Gemeinderatssitzung vom 28. Juli 2026 verwiesen worden. Sie verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung und führt aus, dass die erforderlichen Schritte bereits eingeleitet seien und zudem für eine dauerhafte Lösung ein Antrag beim Regierungspräsidium gestellt worden sei, zu dem bislang noch keine Rückmeldung vorliege.

Stadtrat Müller (CDU) bedankt sich namens der CDU-Fraktion für die Anschlussregelung zum Verbot der Straßenprostitution über den September hinaus und erklärt, diese sei auch durch den Antrag seiner Fraktion initiiert worden. Er begrüßt ausdrücklich, dass der bestehende Sperrbezirk auf das gesamte Stadtgebiet ausgeweitet werden solle, und erklärt hierfür die uneingeschränkte Zustimmung der CDU-Fraktion. Darüber hinaus wünsche sich die CDU-Fraktion, dass die Stadt Karlsruhe, sich beispielsweise im Städtetag für eine dauerhafte Lösung einsetze und dort entsprechende Beratungen anstoße, damit nicht jeweils von einem halben Jahr zum nächsten mit lediglich temporären Verlängerungen verfahren werden müsse. Eine dauerhafte Lösung sei erforderlich, weil hierdurch sowohl gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern der Stadt ein klares Zeichen gesetzt als auch die Rechtssicherheit des Vorgehens dauerhaft gewährleistet würde.

Stadträtin Fahringer (GRÜNE) erklärt, Bordelle seien sicherer als der Straßenstrich. Aus den vorliegenden Erfahrungen sei bekannt, dass sich unter den Sexarbeiterinnen am Karlsruher Straßenstrich auch Opfer von Gewalttaten und Zwangsprostitution befunden hätten. Der Fokus liege deshalb auf dem Schutz dieser Frauen. Vor diesem Hintergrund unterstütze sie die Verlängerung

hinsichtlich der Straßenprostitution. Für die Bekämpfung von Menschenhandel und Zwangsprostitution seien aus ihrer Sicht vor allem die Stärkung der europäischen Zusammenarbeit bei der Kriminalitätsbekämpfung von Bedeutung. Bereits im föderalen System bestünden insoweit Schwierigkeiten an Bundesländergrenzen. Ebenso sei es aus ihrer Sicht wichtig, dass Menschen unabhängig davon, wo sie lebten und woher sie kämen, wirtschaftlich und sozial ausreichend abgesichert seien, damit sie selbstbestimmt und frei leben könnten.

Stadtrat Tröndle (SPD) erklärt, inhaltlich gehe man vollständig mit. Zugleich stellt er die Frage, ob hierzu eine schriftliche Beantwortung möglich sei. Er erinnert daran, dass vor über einem Jahr, im Juni 2025, ein Antrag zur Umsetzung des Prostituiertenschutzgesetzes gestellt worden sei. Es gehe in der aktuellen Diskussion nicht um Prostitution als solche, sondern darum, wie Zwangsprostitution erkannt und verhindert werden könne. In diesem Zusammenhang sei die AG Ausstieg wieder begründet worden, und es sei jährlich ein Factsheet zugesichert worden. Er fragt, ob diese bereits vorliege beziehungsweise wann damit gerechnet werden könne.

Stadträtin Geißinger (Volt) führt aus, sie interessiere in diesem Themenfeld unabhängig davon, ob man ein Verbot gut oder schlecht finde, insbesondere die Problematik, dass die betroffenen Frauen vermutlich weiterhin auf entsprechende Tätigkeiten angewiesen seien, jedoch möglicherweise nicht in Bordelle gingen, sondern in den privaten Raum verdrängt würden. Sie fragt, ob es hierzu Erfahrungswerte oder Austauschformate gebe, aus denen sich Erkenntnisse gewinnen ließen, wie man in solchen Fällen besser informiert sein und entsprechende Hilfsangebote auch im privaten Raum zur Verfügung stellen könne. Je verdeckter dies geschehe, desto schwieriger werde es, diese Frauen zu schützen.

Die Vorsitzende sichert im Hinblick auf den von Stadtrat Müller (CDU) angesprochenen Städtetag zu, dass das Thema dort aufgegriffen und thematisiert werde.

Herr Lipp (OA) weist darauf hin, das angesprochene Factsheet sei von der Fachgruppe erstellt worden. Es gebe jährlich einen Haupt- und Finanzausschuss zu Sicherheitsthemen, in dem die Polizeipräsidentin und er selbst vortrügen. Dieser finde in der nächsten Sitzung am 13. Oktober statt; dort sei als zweiter Tagesordnungspunkt auch der Stand zur Prostitution vorgesehen, dem das Factsheet als Anlage beigefügt werde.

Die Vorsitzende stellt, nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, fest, der Antrag sei damit erledigt.

Zur Beurkundung:
Die Schriftführerin: